

grüne Kopie

17.00.7567988

331.0
 531.126.1.(90)
 531.120
 531.124.1.s/d. - vT/zb
 532.30
 532.80.s/d.

Den 4. Juli 1975

A u f z e i c h n u n g

Besuch von Herrn Botschafter P.R. Jolles,
 Direktor der Handelsabteilung EVD, in London.

2./3. Juli 1975

1. Gespräch im Schatzamt, 2. Juli, 16 UhrTeilnehmer:

H.M. Treasury: Sir Derek Mitchell, KCB, CVO
 Second Permanent Secretary
 (Overseas Finance)
 C.W. Fogarty, CB
 Deputy Secretary
 (Overseas Finance: International Monetary)

Schweiz: Botschafter P.R. Jolles
 B. von Tschärner

Hauptergebnisse:

Vgl. Telegramm in der Beilage.

2. Gespräch im Ministry of Overseas Development, 3. Juli, 10 UhrTeilnehmer:

MOD: R.B.M. King, CB, MC
 Permanent Secretary
 R.F.R. Deare
 Assistant Secretary
 (Development Co-ordination Department)
 R.W. Wootton
 Principal
 (Development Co-ordination Department)

- 3 -

Sir Oliver Wright, KCMG, DSC
Deputy to the Permanent Under-Secretary
of State

Sir Donald Maitland, CMG, OBE
Deputy Under-Secretary of State

C.M. James
Head Western European Department

M.J.E. Fretwell
Head European Integration Department
(Internal)

Mr. Hulse
(Western European Department)

Schweiz: Botschafter P.R. Jolles
Botschafter A. Weitnauer
Minister K. Fritschi
B. von Tscharnern

Hauptergebnisse:

a) Europäische Integration (Allgemeines)

Die Vertreter des FCO bezeichnen die EG-Politik Callaghans als ausgesprochen pragmatisch. Er möchte die Zusammenarbeit in Europa vorantreiben, wo immer dies im gemeinsamen Interesse liegt. Sein besonderes Interesse gilt den aussenpolitischen Konsultationen. In Fragen wie der Direktwahl der Parlamentarier oder der Europäischen Union nimmt er nicht eine grundsätzlich negative Haltung ein, pocht jedoch darauf, dass die praktischen Implikationen aufs Eingehendste abgeklärt werden. Grossbritannien begrüsst es, dass in letzter Zeit eine Machtverschiebung von der Kommission zum Rat und zu den Regierungen der Mitgliedstaaten stattgefunden hat. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und des Vorherrschens von Problemen, die nur in einem weltweiten Rahmen gelöst werden können (Energie. "New International Economic Order"), muss die politische Verantwortung bei einem Organ liegen, das aus Leuten zusammengesetzt ist, die sich ihrerseits vor der Öffentlichkeit und den Parlamenten ihrer Länder zu verantworten haben.

b) Portugal

Portugal hat an EWG und EFTA praktisch die gleichen Begehren gestellt. Callaghans Sympathien gelten selbstverständlich den von Soares geleiteten Sozialisten. Bei aller Hilfsbereitschaft fragt man sich hier jedoch, ob Wirtschaftshilfe oder handelspolitische Konzessionen den Gang der Dinge überhaupt zu beeinflussen vermögen. Die chaotischen Verhältnisse und die allgemeine Unsicherheit machen die Ausarbeitung konkreter Entwicklungsprojekte z.T. unmöglich. Die Hilfe sollte von Fortschritten auf dem Weg zu einer einigermaßen demokratischen Staatsform abhängig gemacht werden.

c) Griechenland

Aus politischen Gründen hat Grossbritannien das EG-Beitritts-gesuch Griechenlands ohne Verzug begrüsst. Prüft man das Problem jedoch näher, so erkennt man, dass keine raschen Beschlüsse erwartet werden können und dass der Weg zur vollen Mitgliedschaft lang sein wird. (Die Frage ist u.a. deshalb wichtig, weil der Abschluss eines Freihandelsabkommens Schweiz-Griechenland unter Umständen weniger Zeit beanspruchen könnte.)

d) Beziehungen Schweiz-EG

Seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens haben versorgungs- und währungspolitische Probleme stark an Bedeutung gewonnen. Das Abkommen ging im Grunde von der Voraussetzung aus, dass auf beiden dieser Gebiete stabile Verhältnisse herrschen. Dies erklärt das schweizerische Interesse an einem Beitritt zum europäischen Währungsverbund. Botschafter Jolles betont vor allem auch die politischen Aspekte dieser Kandidatur. Die Schweiz legt nach wie vor Gewicht auf die Entwicklungsklausel. Der erwähnte Machtverlust der EG-Kommission macht es mitunter schwierig, zu den Entscheidungsträgern durchzudringen. Nach Auffassung des FCO kommen selbst Mitgliedstaaten nicht darum herum, ihren Standpunkt laufend auch in den Hauptstädten zu verfechten.

e) Atlantische Beziehungen

Seit der wenig glücklichen Initiative Kissingers, 1973 zum "Jahr Europas" machen zu wollen, haben sich die Beziehungen Europa-USA merklich verbessert (Abgang Nixons, grössere Erfahrung Kissingers, gewisse personelle Veränderungen in Europa usf.). Im Vordergrund steht heute die Aufgabe, mit Bezug auf die wichtigsten weltweiten Probleme eine koordinierte Haltung zu finden.

f) Beziehungen zu den Entwicklungsländern und zu den Erdölproduzenten

Maitland unterscheidet zwischen der Substanz und den Modalitäten (für viele ein sehr viel attraktiveres Tummelfeld) dieser Beziehungen. Nach britischer Auffassung ist es wichtig, dass die Gesprächspartner den Eindruck erhalten, dass seriöse Verhandlungen auch konkrete Ergebnisse zu zeitigen vermögen. Nur so bestehen Ausichten auf eine allmähliche Auflockerung der Front der Entwicklungsländer. Stichworte für Bereiche, wo solche Verbesserungen relativ rasch erzielt werden können:

- Anpassung des allgemeinen Präferenzsystems
- GATT-Verhandlungen
- Rohstoffe: Stabilisierung der Exporterlöse, evtl. auch Formulierung von Grundregeln für alle Rohstoffe und neue Rohstoffabkommen
- einzelne Elemente des IWF-Reformpakets (leider im Augenblick noch aufgehalten)
- Nahrungsmittelhilfe
- Seerechtskonferenz
- Technologietransfer.

Ohne substanzielle Nettoübertragungen, namentlich auch zugunsten der rohstoffarmen Entwicklungsländer, wird es nicht gehen. Maitland ist zuversichtlich, dass die im Rahmen verschiedener Gruppierungen (EG, OECD, Commonwealth) laufenden Arbeiten bis zur 7. Sondersession der UNO-Generalversammlung wenigstens einige konkrete Angebote hervorbringen werden. Trotzdem muss man sich darauf gefasst machen, dass die 7. Session kaum positiver als die 6. verlaufen wird. Daraufhin werden in den zuständigen Gremien laufend neue Elemente ausgearbeitet werden müssen. Die Notwendigkeit der Koordination und Gesamtschau (OECD-Gruppe) ist anerkannt. Gestaffelte konkrete Angebote nach Massgabe des Vorbereitungsstandes könnten geeignet sein, die von den extremistischen Sprechern des andern Lagers vertretene Alles-oder-nichts-Haltung zu brechen.

Was die Wiederaufnahme des "Dialogs" (besser: "Polylog") mit den Erdölproduzenten anbelangt, so teilt Grossbritannien die Auffassung, dass sie wünschenswert ist und dass durch eine gründliche Vorbereitung (u.a. Einigung der Verbraucher über gemeinsame Ziele) ein erneuter Misserfolg vermieden werden muss. Andererseits sollte man sich nicht in eine Position hineinmanövrieren, wo man schliesslich sogar einen Teil der Verantwortung für die verhängnisvolle Preispolitik der OPEC übernimmt. In letzter Analyse könnte es deshalb auf dem Gebiet der Energie ausnahmsweise wichtiger sein, dass das Gespräch überhaupt fortgesetzt wird, als dass konkrete Ziele formuliert und ausgehandelt werden. Im übrigen kann eine Wiederaufnahme der Gespräche den Beschluss über eine erneute Oelpreiserhöhung (10, 20, 30%?) nicht verhindern. Die Einsicht, dass die depressive Wirkung dieser Preispolitik eine Erholung der übrigen Rohstoffpreise verzögern muss, ist bei den Erdölproduzenten durch irrationale und emotionale Faktoren verbaut.

4. Gespräch im Department of Trade, 3. Juli, 15 Uhr

Teilnehmer:

| | |
|----------|---|
| DoT: | Sir Peter Thornton, KCB Secretary |
| | G.R. Denman, CB, CMG Deputy Secretary |
| | P.S. Preston, CB Deputy Secretary |
| Schweiz: | Botschafter P.R. Jolles Botschafter A. Weitnauer Minister K. Fritschi B. von Tschärner |

Hauptergebnisse:a) OECD, Rohstoffprobleme

Preston berichtet ausführlich über die Sitzung der von ihm präsierten neuen OECD-Arbeitsgruppe über Rohstoffprobleme. Er wird dem Exekutivausschuss in Sondersession einen schriftlichen Bericht unterbreiten.

Thornton zeigt sich gegenüber der Hoffnung des FCO, dass bis zur UNO-Sondersession konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden können, eher skeptisch; das gilt auch für die Hoffnung, das Commonwealth gewissermassen als Blitzableiter zu benützen. Ein realistischeres Ziel wäre die nächste UNCTAD-Tagung im Frühjahr 1976. Die handelspolitischen Aspekte (u.a. Ausfuhrbeschränkungen) sollten in den GATT-Verhandlungen behandelt werden.

b) GATT-Verhandlungen

Denman sieht angesichts der weltweiten Rezession und der amerikanischen Präsidentschaftswahlen einen Verhandlungsabschluss nicht vor Frühjahr/Sommer 1977. Die amerikanische Idee, Anfang 1976 ein Mini-Paket zu verabschieden, ist nicht realistisch. Den Entwicklungsländern muss bewiesen werden, dass im GATT auch für sie etwas herauszuholen ist. Es wäre zu begrüssen, wenn einige Rohstoffabkommen im Rahmen des GATT abgeschlossen werden könnten.

c) Osteuropa, Mittlerer Osten

Die osteuropäischen Länder versuchen nach Preston trotz des nun vollständigen Zuständigkeitswechsels zur EWG stets wieder, die Handelsbeziehungen zu Grossbritannien zu reilateralisieren. Die im Rahmen der industriellen Zusammenarbeit geschaffenen gemischten Kommissionen bezeichnet er als notwendiges Uebel. Viele Projekte erreichen das Endstadium nicht, z.T. wegen eines gewissen Hangs der Ostländer zum Gigantismus. Die britische Industrie bleibt relativ zurückhaltend. Möglicherweise wird sich auch im Osten eine gewisse Multilateralisierung anbahnen. Der Hunger nach grosszügigen Krediten ist überall gross.

Die unter den neuen Abkommen mit Ländern des Mittleren Ostens geschaffenen Gemischten Ausschüsse müssen ihre Bewährungsprobe noch bestehen. Ein Vorteil könnte der direkte Zugang zur kleinen Zahl der wirklichen Entscheidungsträger sein. Ob sich z.B. Tripartit-Projekte (Finanzierung durch finanzstarkes Oelland) durchsetzen werden, kann noch nicht beurteilt werden.

d) Wirtschaftslage

Beide Seiten schildern die besonderen Aspekte der sich verschlechternden Wirtschaftslage ihres Landes. Angesichts der Rückschläge für die schweizerischen Exporte ist es besonders wichtig, dass kein Land damit beginnt, die Einfuhren zu beschränken. Der

- 7 -

deutliche Rückgang des britischen Handelsbilanzdefizits gestattet es der britischen Seite, recht überzeugend wirkende diesbezügliche Zusicherungen abzugeben. Die Reflation ist Sache der USA und Japans (Grossbritannien sieht sich demgegenüber gezwungen, seine ohnehin schon deflationäre Politik noch weiter zu verschärfen). Der Wiederaufschwung des Welthandels dürfte sich im Vergleich zu früheren Hoffnungen verzögern.

Zum Schluss ruft die schweizerische Seite drei bilaterale Probleme (Ueberwachung der Textileinfuhren, Umwandlung des Sterling-Kontingents für Drucksachen in ein Gewichtskontingent, Subventionierung der billigen Schachtelkäse-Sorten) in Erinnerung.

T. L. Arnold

Kontingent

- Herrn Botschafter P. R. Jollas, Handel
- Herrn Botschafter P. Languetin, Handel
- Herrn Ph. Levy, Handel
- Herrn E. Lusser, Handel
- Finanz- und Wirtschaftsdienst des BFD
- Mission Brissonel
- Schweiz. Delegation bei der OMB, Paris

Kabel 139 an EPD

9/1a 581.126.1 (90)

L O N D O N 3.7.1975 1010 KABEL 139

FUER HERREN BUNDESRAETE BRUGGER UND CHEVALLAZ,
 PRAESIDENT LEUTWILER SNZ, HANDEL, FINANZ, EPD, NATIONALBANK BERN,
 BOTSCHAFTER CAILLAT, DUPONT UND GELZER.

KONNTE MICH HEUTE, BEGLEITET VON TSCHARNER, KURZ MIT SIR DEREK MITCHELL (M) UND C. FOGARTY (F), BRITISCHES SCHATZAMT, UEBER SCHWEIZERISCHEN WUNSCH UNTERHALTEN, DASS EG-FINANZMINISTER 10. JULI BEITRITT FRANKEN ZU EUROPAEISCHEM WAERHUNGSVERBUND GRUNDSAETZLICH GUTHEISSEN. BENUETZTE GELEGENHEIT, UM SCHWEIZERISCHE MOTIVE DARZULEGEN, DA PROBLEM AUCH EG-LAENDER ANGEHT, DIE VERBUND NICHT ANGEHOEREN. DIES NAMENTLICH ANGESICHTS INTERESSE BEIDER SEITEN, FREIHANDEL SCHWEIZ-EG WAERHUNGSPOLITISCH ABZUSICHERN, UND AUCH IM HINBLICK MOEGLICHER KUEFTIGER RUECKKEHR PFUND IN VERBUND. M BESTAETIGT, DASS SICH BRITISCHE BEHOERDEN AN PROBLEMEN WIE BEITRITT FRANC UND FRANKEN NICHT DESINTERESSIEREN, NICHT ZULETZT AUCH WEIL ANGELEGENHEIT INZWISCHEN POLITISIERT WORDEN IST. M WIRD BRITISCHEN VERTRETER IN RAT (NICHT HEALEY, VORAUSSICHTLICH DELL) UEBER UNSERE WUENSCHEN UND MOTIVE INFORMIEREN.

M STIMMT MIT MIR UEBEREIN, DASS FRANZOESISCHER VERSUCH, KANDIDATUR FRANKEN MIT KUEFTIGER RUECKKEHR PFUND UND LIRA - DIE ERLEICHTERT WERDEN SOLLTE - IN ZUSAMMENHANG ZU BRINGEN, NICHT UEBERZEUGEND IST. F FUEGT BEI, RUECKKEHR PFUND KOENNTE EINE NUANCE, "A FRACTION", SCHWIERIGER SEIN, FALLS FRANKEN BEITRITT. BEIDE BETONEN JEDOCH, DASS RUECKKEHR PFUND IN GANZ ERSTER LINIE VON FAEHIGKEIT GROSSBRITANNIENS ABHAENGT, EINEN WIEDEREINTRITTSKURS FESTZULEGEN, DER DANN AUCH GEHALTEN WERDEN KANN. PROBLEM IST SOMIT U.A. MIT ERFOLG WIEDERANGLEICHUNG BRITISCHER INFLATIONSRATE AN VERHAELTNISSE IN REST-EG VERKNUEPFT. IM AUGENBLICK LIEGT RUECKKEHR PFUND NOCH IN WEITER FERNE. GROSSBRITANNIEN HAT VORDERHAND DRINGENDERE UND WICHTIGERE PROBLEME ZU LOESEN.

LEGE M SCHLIESSLICH DAR, DASS SCHWEIZ KEIN INTERESSE AN ABZUG STERLING- UND DOLLAR-GUTHABEN AUS LONDON UND AN ZUFLUSS NACH SCHWEIZ HAT. WIR BZW. NATIONALBANK WAEREN SICHER BEREIT, MIT GROSSBRITANNIEN UEBER DAMIT ZUSAMMENHAENGENDE FRAGEN KONSULTATIONEN ZU FUEHREN. M BETONT, DASS SCHICKSAL BRITISCHER ZAHLUNGSBILANZ IN ERSTER LINIE VON ENTWICKLUNG IM LANDE SELBST ABHAENGT UND VERHUELLT NICHT SEINE GENUGTUUNG, DASS REGIERUNG SICH AM DIENSTAG AUF WIRTSCHAFTSPOLITIK FESTGELEGT HAT, VON DER ERWARTET WERDEN DARF, DASS SIE WIEDERHERSTELLUNG VERTRAUENS HERBEIFUEHREN WIRD.

JOLLES +

3.7.1975 1120+?